

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 190 (2024)
Heft: 5

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUMÄNIEN

Ausbau zum Vorposten des Westens

Rumänien übernimmt zunehmend die Rolle einer Schlüsselspielerin in der Sicherheitsarchitektur der NATO. Die strategische Lage des Landes, insbesondere seine Nähe zum Schwarzen Meer und zur Ukraine, macht es spätestens seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs vor über zwei Jahren zur Drehscheibe der Verteidigungsbemühungen des Westens. Anfang Jahr wurde deshalb beschlossen, dass die Militärbasis Mihail Kogălniceanu nahe der Stadt Constanța an der Schwarzmeerküste zur grössten NATO-Militärbasis in Europa ausgebaut werden soll. Mit einer geplanten Fläche von fast 3000 Hektar und der Fähigkeit, 10 000 Soldaten und Zivilisten zu beherbergen, wird die Basis die bisher grösste US-Basis im deutschen Ramstein in ihrer Grösse übertreffen. Die Erweiterungsarbeiten, die 2,7 Milliarden US-Dollar kosten, haben bereits begonnen. Die rumänischen Behörden haben für den Ausbau des Geländes Land enteignet. Die Basis wird nicht nur Wohnraum für das Personal und deren Familien bieten, sondern auch Schulen, Kindergärten und medizinische Einrichtungen umfassen.

Diese Entwicklungen sind Teil des Gesamtkonzepts einer umfassenderen Modernisierung der rumänischen Streitkräfte, die unter dem Decknamen «Armata 2040» vorangetrieben wird. Ziel ist es, die rumänische Armee bis zum Jahr 2040 zu einer flexiblen Streitmacht mit Fähigkeiten für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Dazu gehört auch die Beschaffung moderner Ausrüstung, wie beispielsweise des Kampfpanzers Abrams und des Kampfflug-



Wird flächenmässig verdoppelt: die Mihail Kogălniceanu Air Base. Bild: thewarzone

zeugs F-35 Lightning II, dessen Lieferung allerdings erst für das Jahr 2030 erwartet wird. Die Modernisierungsbemühungen Rumäniens sind jedoch nicht ohne Herausforderungen. So wurde beispielsweise letztes Jahr die Vereinbarung mit der französischen Naval Group zur Modernisierung der rumänischen Marine aufgelöst, was zu einem Neustart der Ausschreibung führte. Es ging vor allem um Bestechungsvorwürfe, die durch die rumänische Antikorruptionsbehörde aufgeklärt wurden. Es fanden sich zwar keine Beweise, aber das Zerwürfnis mit dem französischen Partner war zu gross. Die Marine gilt denn auch weiterhin als die am wenigsten modernisierte Teilstreitkraft im rumänischen Militär.

Neben der Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeiten unterstützt Rumänien auch die Ukraine. So wurde bekannt, dass rumänische Militäreinheiten bereits ukrainische Soldaten auf ihrem Territorium ausgebildet haben. Die Sicherheitsbedenken Rumäniens sind deshalb auch nicht unbegründet, wie der Fund von Drohnenresten auf einer Insel in der Donau nahe der ukrainischen Grenze von Ende März 2024 zeigt. Der rumäni-

sche Premierminister Marcel Ciolacu sagte, der mutmassliche Drohnenabsturz sei nicht das erste Vorkommnis dieser Art gewesen, aber er hoffe, es wäre «das letzte». Zu den Sicherheitsbedenken tragen auch Berichte über den Einsatz chinesischer Überwachungskameras an rumänischen Militärstandorten bei. Die Kameras des Herstellers Hikvision, der Verbindungen zur chinesischen Regierung hat und von den USA und Grossbritannien aufgrund von Sicherheitsbedenken auf die schwarze Liste gesetzt wurde, wurden an mindestens 28 Militäreinrichtungen in Rumänien identifiziert. Dies wirft Fragen über die Sicherheit sensibler Daten und die mögliche Anfälligkeit für ausländische Spionage auf. Inmitten dieser sicherheitspolitischen Herausforderungen hat der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall seine Präsenz in Rumänien verstärkt, indem er die Mehrheitsanteile an der rumänischen Militärfahrzeugfabrik Automecanica Mediaș übernommen hat. Diese Akquisition ist Teil einer Strategie, die Produktions- und Wartungskapazitäten des Konzerns zu erweitern und gleichzeitig die Verteidigungsfähigkeiten der NATO an der Ostflanke zu stär-

ken. Rumänien plant zudem, die Grösse seiner Streitkräfte von etwa 80 000 auf 100 000 Soldaten zu erhöhen, wie der Verteidigungsminister Angel Tîlvăr angekündigt hat. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht scheint notwendig zu sein, insbesondere da von den 80 000 Stellen im Jahr 2023 nur etwa 72 000 besetzt waren. Den geplanten Aufwuchs beabsichtigt man unter anderem in den neuen NATO-Kasernen unterzubringen, da die landeseigene Infrastruktur oft zu wünschen übrig lässt. Dabei spielt auch die Multinationale Brigade Südost der NATO eine wichtige Rolle. Da rumänische Streitkräfte bedeutende Truppenelemente zu diesem Kontingent beisteuern, unterstützen die laufenden Modernisierungsbemühungen insgesamt direkt die Widerstandsfähigkeit der NATO an der Ostflanke. Die Vorreiterrolle, die Rumänien zudem bei der Unterstützung der Ukraine übernommen hat, zusammen mit der Wiederbelebung der nationalen Verteidigung und der Aufrüstung der Verteidigungsfähigkeiten mehrerer anderer mittel- und osteuropäischer Länder, dürfte die Verschiebung des Schwerpunkts auf dem europäischen Kontinent besiegeln. *pk*

UKRAINE

Drohnenkrieg neu gedacht

Die Ukraine hat in den letzten Monaten ihre Drohnenangriffe auf russisches Territorium intensiviert und dabei zunehmend die Öl- und Gasindustrie sowie militärische Produktionsstätten ins Visier genommen. Diese Angriffe, die teilweise über 1000 Kilometer tief in russisches Gebiet vordringen, stellen eine neue Eskalationsstufe im andauernden Konflikt dar. Bereits Ende Januar und Anfang Februar kam es zu mehreren Drohnenangriffen auf Öldepots und Raffinerien in den Regionen Krasnodar, Rostow, Brjansk und Samara. Obwohl viele der Drohnen abgefangen werden konnten, gelang es einigen, Brände und Schäden an den Anlagen zu verursachen. Russland warf der Ukraine vor, mit diesen Attacken die Präsidentschaftswahlen stören zu wollen. Im März weitete die Ukraine ihre Angriffe auf die russische Energieinfrastruktur weiter aus. Innerhalb weniger Tage wurden drei grosse Ölraffinerien in den Gebieten Rjasan, Rostow und Krasnodar von Drohnen getroffen und in Brand gesetzt. Die betroffenen Anlagen gehören zu den grössten Ölkonzernen Russlands wie Rosneft und Lukoil. Einige mussten die Produktion vorübergehend einstellen. Etwa 20 Prozent der russischen Raffineriekapazitäten sind unter-

dessen nicht mehr vorhanden. Anfang April erreichten die ukrainischen Drohnen dann erstmals die Teilrepublik Tatarstan, über 1000 Kilometer von der Grenze entfernt. Neben einer Raffinerie des regionalen Ölkonzerns Tatneft in Nischne-kamsk wurde auch eine Fabrik zur Herstellung von Kampfdrohnen des Typs Shahed in der Stadt Jelabuga angegriffen. Nach ukrainischen Angaben kam dabei eine mit Sprengstoff beladene Aufklärungsdrohne im Stil eines Cessna-Leichtflugzeugs zum Einsatz, das aus der Ferne gesteuert wurde. Mehrere Menschen wurden verletzt, die Produktion konnte aber aufrechterhalten werden. Ebenfalls wurde die Air Base Engels angegriffen, mit Drohnen, die im Flug mit Lautsprechern russische Volkslieder abspielten. Es wurden mehrere strategische Bomber der Luftwaffe mitsamt deren Crew vernichtet.

Bei den jüngsten Angriffen geht es um den Versuch der Ukraine, Russlands Fähigkeit zur Treibstoffproduktion und damit die Versorgung des Militärs zu stören. Gleichzeitig soll die Herstellung der iranischen Shahed-Drohnen, die Russland in grosser Zahl gegen die Ukraine einsetzt, beeinträchtigt werden. Kiew hofft, so die Kriegsanstrengungen Moskaus zu schwächen. Auf der anderen Seite zeigen die Angriffe auch die gestiegenen Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte im Bereich der unbemannten Luftfahrzeuge. Seit Kriegsbeginn hat die Ukraine

ihre Drohnenproduktion massiv ausgebaut und setzt neben kommerziellen Modellen zunehmend auf selbst entwickelte Systeme mit hoher Reichweite. Eine von Lettland initiierte «Drohnen-Koalition» europäischer Staaten plant zudem die Lieferung von bis zu einer Million Drohnen an die Ukraine. Die Ukraine hat unterdessen mit ihrer Sokil-300-Drohne, auch bekannt als Falcon-300, eine neue Waffe in ihrem Arsenal, die potenziell jeden Ort in Russland treffen kann. Entwickelt vom ukrainischen Unternehmen KB Luch, wurde die Drohne erstmals auf der Aviasvit-XXI Luftfahrtmesse im Juni 2021 der Öffentlichkeit präsentiert und hat im Jahr 2024 den Status der «Full Operational Capability» erhalten. Mit einer Nutzlast von 300 kg, einer Reichweite von über 3000 km und einer Höchstgeschwindigkeit von 335 km/h

übertrifft die Sokil-300 die Fähigkeiten der bekannten und in den Anfängen des Ukraine-Krieges prominent gewordenen türkischen Drohne Bayraktar TB2. Sie kann sowohl für Aufklärungs- als auch für Angriffsmissionen eingesetzt werden. Je nach Einsatzzweck kann sie mit verschiedenen Triebwerken ausgestattet werden. Russland versucht derweil, seine Luftverteidigung zu verstärken und die Drohnenproduktion hochzufahren. Der Rüstungskonzern Kalaschnikow kündigte an, die Herstellung dieses Jahr verzehnfachen zu wollen. Dennoch dürften die ukrainischen Angriffe auf die russische Energiewirtschaft und Rüstungsindustrie noch zunehmen und zu einem bestimmenden Faktor des Krieges werden. Eine weitere Eskalation der Kampfhandlungen auf russischem Gebiet scheint wahrscheinlich. *pk*



Ukrainische Drohnen dehnen ihren Radius aus und nehmen russische Raffinerien unter Beschuss. Bild: S&P Global Commodity Insights

RUSSLAND

Propaganda und Bestechung in Europa

In den ersten Monaten des Jahres 2024 wurden mehrere Fälle russischer Spionage und Bestechung von Politikern in Europa

aufgedeckt. Offizielle Quellen in den USA sprechen von weit mehr als 300 Millionen Euro, die seit 2015 vom Kreml in die Taschen europäischer Volksvertreter geflossen sind. Im März enthüllte dann der tschechische Geheimdienst BIS ein von Russland finanziertes Propagandnetzwerk, das über das in Prag ansässige Portal «Voice of Eu-

rope» operierte. Laut den tschechischen Behörden zielte dieses Netzwerk darauf ab, «die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine zu gefährden». Die tschechische Regierung setzte die Betreiber von «Voice of Europe» sowie zwei ukrainische Geschäftsleute mit Verbindungen zu Russland auf ihre Sanktionsliste. Laut Be-

richten soll «Voice of Europe» Geld an Politiker aus mindestens sechs europäischen Ländern gezahlt haben, um prorussische Propaganda zu verbreiten und die EU-Hilfe für die Ukraine zu untergraben. Darunter sollen auch Politiker aus Deutschland gewesen sein. Der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Maximilian Krah, bestätigte,

zwei Interviews mit «Voice of Europe» gegeben zu haben, bestritt aber, dafür bezahlt worden zu sein. Der Direktor des tschechischen BIS, Michal Koudelka, informierte die tschechische Regierung Ende März darüber, dass sein Dienst auf Basis von Tonaufnahmen belegen kann, dass der deutsche AfD-Politiker Petr Bystron Gelder von dem Netzwerk erhalten habe. Bystron, der aktuell für die AfD im Bundestag in Berlin politisiert und für das Europaparlament kandidiert, bestreitet die Vorwürfe. In Belgien erklärte Premierminister Alexander De Croo, dass Russland EU-Abgeordnete angesprochen und bezahlt habe, «um hier russische Propaganda zu verbreiten». Polnische Behörden führten im Zusammenhang mit diesem Fall Razzien in Warschau und Tychy durch. Die Europäische Kommission warnte, dass Russland «zweifelnde Kanäle» und «einheimische Parteien» als Sprachrohre nutze.

Auch in Frankreich wird gegen den ehemaligen rechtsextremen EU-Abgeordneten Jean-Luc Schaffhauser wegen mutmasslicher Verbreitung russischer Propaganda ermittelt. Schaffhauser soll enge Verbindungen zu Russland haben und für die Finanzierung der Partei Marine Le Pens verantwortlich gewesen sein. Laut der französischen Regierung hat Russland im vergangenen Sommer ebenfalls gezielt eine Desinformationskampagne über eine angebliche Bettwanzenplage in Frankreich gestreut, um das Land zu destabilisieren. In sozialen Medien wurde das Thema von Konten mit Verbindungen zum Kreml aufgebauscht und es wurde fälschlicherweise behauptet, ukrainische Flüchtlinge seien für die Ausbreitung der Parasiten verantwortlich. Obwohl die Fälle von Bettwanzenbefall leicht anstiegen, stellte sich die Hysterie als übertrieben heraus. Die Regierung reagierte dennoch

mit Krisentreffen und Desinformationsmassnahmen, auch um einen Imageschaden vor den Olympischen Spielen 2024 zu vermeiden. Diese Fälle sind nur die jüngsten Beispiele für Russlands intensive Bemühungen, die bevorstehenden Europawahlen im Juni zu beeinflussen und die EU von innen heraus zu untergraben. Westliche Geheimdienste warnen schon seit Längerem vor einer «hybriden Kriegsführung» Moskaus, die Spionage, Desinformation und verdeckte Finanzierung nutzt, um die liberalen Demokratien zu destabilisieren. So soll Russland laut Geheimdienstinformationen einen serbischen Agenten namens Novica Antić eingesetzt haben, um in EU-Institutionen zu spionieren und prorussische Narrative zur Ukraine-Invasion zu verbreiten. Antić traf sich im Oktober 2023 mit der deutschen Grünen-Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, der italienischen Sozialdemokratin Ales-



sandra Moretti und Vladimír Bilčík, dem slowakischen Vertreter der konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei. Diese Enthüllungen zeigen das «massive Ausmass der Lügen und der Desinformation», mit denen das Putin-Regime versuche, «das Vertrauen in unsere Demokratie zu erschüttern», kommentierte die deutsche Bundesinnenministerin Faeser und bezeichnete AfD-Politiker wie Krah und Bystron als Teil des russischen Spionagebestrebens. Angesichts dieser Bedrohung wollen Deutschland, Frankreich und Polen ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung russischer Desinformationskampagnen verstärken. *pk*

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Weg nach Europa

In den letzten Wochen hat sich die politische Landschaft Bosniens und Herzegowinas signifikant verändert. Am 12. März 2024 empfahl die Europäische Kommission offiziell die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit Bosnien und Herzegowina, acht Jahre nachdem das Land seinen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt hatte. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, lobte die Fortschritte des Landes seit der Gewährung des Kandidatenstatus und betonte, dass Bosnien und Herzegowina beeindruckende Schritte in Richtung der Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien unternommen habe. Kurz darauf, am



Können sich nicht leiden: Milorad Dodik, Präsident der Republika Srpska (links), und Christian Schmidt, Hoher Repräsentant. Bild: Slobodna Bosna

22. März, stimmte die Europäische Union zu, Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina zu eröffnen. Diese Entscheidung basierte auf der Empfehlung der Europäischen Kommission und markierte einen historischen Moment für das Land. Parallel zu diesen

Entwicklungen auf EU-Ebene fanden im Inland wichtige politische Veränderungen statt. Am 26. März führte Christian Schmidt, der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, neue Regeln ein, um Wahlbetrug zu bekämpfen. Diese Änderungen umfassten

die Einführung elektronischer Wahlverfahren und ein Verbot für verurteilte Kriegsverbrecher, bei Wahlen zu kandidieren. Diese Massnahmen zielten darauf ab, die Integrität des Wahlprozesses in Bosnien und Herzegowina zu stärken und das Land näher an europäische Standards heranzuführen. Trotz dieser positiven Entwicklungen gab es auch Gegenreaktionen. Die serbische Teilrepublik in Bosnien, die Republika Srpska, verabschiedete einen eigenen Gesetzentwurf als Reaktion auf die vom Hohen Repräsentanten eingeführten Änderungen. Denn deren Präsident Milorad Dodik hat diese abgelehnt und droht, die Arbeit der nationalen Regierung zu blockieren. Er fordert die Annullierung und droht mit der Schaffung paralleler Institutionen, was die politische Stabilität Bosniens gefährdet. *pk*

EUROPA

EU entwickelt gemeinsame Verteidigungsstrategie

Die EU unternimmt derzeit bedeutende Schritte in Richtung einer unabhängigen und integrierten Verteidigungspolitik. Bereits im November 2023 warnte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, auf der Jahreskonferenz der Europäischen Verteidigungsagentur die Mitgliedstaaten davor, zu viel Ausrüstung aus dem Nicht-EU-Ausland zu kaufen und forderte eine europäische Verteidigungsunion. Obwohl diese Verteidigungsunion noch nicht Realität geworden ist, markiert nun die erste europäische Verteidigungsindustriestrategie einen bedeutenden Schritt zur Erreichung der angestrebten militärischen Autonomie der EU, indem sie sich vor allem auf die Verbesserung der europäischen Waffenproduktion konzentrierte. Die kollektiven Militärausgaben der EU erreichten im Jahr 2023 fast 300 Milliarden Dollar, mehr als Chinas offizieller Verteidigungshaushalt. Dennoch bleiben die gemeinsamen Waffenbestände

gering. Die Flugzeuge, Schiffe und Panzer sind oft nicht einsatzbereit und den Mitgliedstaaten fehlt es an logistischer und vor allem koordinativer Erfahrung.

Am 6. März 2024 kündigte deshalb die Exekutive der Europäischen Union einen Vorschlag unter den Namen «European Defense Industrial Strategy (EDIS)» an, der darauf abzielt, die Fähigkeit der Verteidigungsindustrie im Binnenmarkt zu stärken. Vor allem um damit auf den Krieg in der Ukraine, die allgemeinen russischen Aggressionen und die Befürchtungen eines nachlassenden transatlantischen Engagements seitens der Vereinigten Staaten zu reagieren. Die 27 Mitgliedstaaten der EU müssen den Vorschlägen noch zustimmen. Die Strategie zielt darauf ab, durch erhöhte, kollaborative und europäische Investitionen der Mitgliedstaaten die europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis zu stärken und die Reaktionsfähigkeit der Verteidigungsindustrie zu verbessern. Ein zentrales Instrument zur Umsetzung der Strategie ist das vorgeschlagene europäische Programm für die Verteidigungsindustrie, das die Wettbewerbsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit der Industrie

unterstützen soll. Zudem wird eine Governance-Struktur in Form des Verteidigungsindustriellen Bereitschaftsrats eingerichtet, um die Gesamtkohärenz des EU-Handels im Bereich der Verteidigungsindustrie sicherzustellen.

Die Strategie soll nicht nur den EU-Mitgliedstaaten und -bürgern zugutekommen, sondern auch Schlüsselpartnern wie der NATO und der Ukraine. Insgesamt zielt die EDIS darauf ab, die Widerstandsfähigkeit der EU zu verbessern und sie auf neu auftretende Herausforderungen vorzubereiten. Der Hohe Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärte, dass Europa heute in Gefahr sei: «Der Frieden ist nicht mehr selbstverständlich, der Krieg ist leider an unseren Grenzen. Der russische Angriffskrieg hat ein grosses Gefühl der Dringlichkeit ausgelöst, die industriellen Verteidigungskapazitäten auszubauen. Die EU-Länder kehren deshalb endlich die jahrzehntelange Schrumpfung ihrer Verteidigungsausgaben um.» Viele, die auch NATO-Mitglieder sind, werden in diesem Jahr voraussichtlich das Zwei-Prozent-BIP-Ausgabenziel des Bündnisses erreichen. Experten sagen aber, dass dieser Weckruf

möglicherweise zu spät kommt. Die EU erreichte beispielsweise ihr Ziel für März nicht, die versprochene Million Granaten an die Ukraine zu liefern. Das soll nun bis Ende des Jahres geschehen. Es wachsen auch die Bedenken, dass die Unterstützung Washingtons für die NATO und Kiew abnehmen könnte, falls ein republikanischer Präsident im nächsten Jahr ins Weisse Haus einzieht.

Die Idee einer europäischen Armee ist jedoch nach wie vor umstritten. Seit sie in den 1950er-Jahren erstmals vorgeschlagen wurde, ist sie nicht vorangekommen, taucht aber immer wieder auf. Angesichts der zunehmenden Bedrohungen und Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist, besteht jedoch ein wachsender Konsens darüber, dass die EU ihre Anstrengungen zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeiten und zur Verringerung ihrer Abhängigkeit von externen Akteuren verstärken muss. *pk*



ÖSTERREICH

Spionagekrimi um ehemaligen Verfassungsschützer

Der österreichische Spionage-skandal rund um den ehemaligen Verfassungsschützer Egisto Ott hat eine neue Eskalationsstufe erreicht und wirft Fragen über die Sicherheit des Landes auf. Ott wurde am 31. März 2024 unter dem Verdacht der Spionage für Russland zum zweiten Mal festgenommen. Im Som-

mer 2022 wurden die Handys dreier ehemaliger Spitzenbeamten des Innenministeriums (darunter die Frau des heutigen Bundeskanzlers) auf Betreiben von Ott dem ehemaligen Abteilungsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Martin Weiss, und auf Geheiss des flüchtigen Ex-Wirecard-Vorstand Jan Marsalek an russische FSB-Spione übergeben. Laut Ermittlungen wurde dabei auch ein Laptop mit hochsensibler deutscher Kryptotechnik an Russland weitergeleitet. Ott soll im Auftrag von Marsalek, dem

unterdessen enge Verbindungen zum russischen FSB nachgewiesen wurden und der gemeinhin als Agent des Kremls gilt, gehandelt und systematisch vertrauliche Informationen aus dem ehemaligen BVT an die Russen weitergegeben haben. Das BVT wurde bereits 2021 aufgelöst, dies, nachdem es spätestens mit den Ereignissen um den Wiener IS-Terroranschlag seine Unfähigkeit bewiesen hat. Verantwortlich damals war Innenminister und heutiger FPÖ-Chef Herbert Kickl. Er soll offenbar versucht haben, die Behörde umzubauen und damit unlieb-

same Beamte auszuschalten: Unter Kickls Führung stürmten 2018 bewaffnete Polizisten die BVT-Zentrale und beschlagnahmten grosse Mengen an Daten. Die Untersuchungen des BVT zu Russland-Verbindungen der FPÖ sollen Kickl «ein Dorn im Auge» gewesen sein. Pikant: Gegen Ott wird bereits seit 2017 wegen des Verdachts der Spionage für Russland ermittelt. Die Angelegenheit zeigt gravierende Sicherheitslücken im österreichischen Geheimdienst auf und stellt die Vertrauenswürdigkeit des Landes auf internationaler Ebene in Frage. *pk*